

OFFENER BRIEF
AN DEN BUNDESAUSSENMINISTER FRANK-WALTER STEINMEIER
ZUR MENSCHENRECHTSLAGE IM IRAN

offener-brief-iran.de

Bundesaußenminister
Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister,

wir, die Unterzeichnenden dieses Briefes, wenden uns an Sie in der Überzeugung, dass die Bundesregierung bei der Neuausrichtung ihrer Außenpolitik für größere Verantwortung auch die Menschenrechtspolitik mit einbeziehen wird.

Unsere besondere Sorge gilt dabei dem Iran. Fortschritte in der Nukleardebatte sind sichtbar, auch Anzeichen einer vorsichtigen Annäherung zwischen dem Iran und der internationalen Gemeinschaft. Dennoch setzt der Iran unverändert seine gravierenden Menschenrechtsverletzungen fort – entgegen aller bisherigen wiederholten Anmahnungen durch die Bundesregierung.

Wir wollen nicht hinnehmen, dass der Iran unter Präsident Rohani beschwichtigende Signale der Veränderung aussendet, sich aber nichts grundlegend an der Situation im Land ändert:

- die Zahl der Hinrichtungen war im vergangenen Halbjahr höher denn je. Die Gefängnisse sind gefüllt mit Menschen, die keine ordentlichen Gerichtsverfahren sahen, Presse und Medien werden nach wie vor unterdrückt, Studenten am Hochschulstudium gehindert, Frauen und ethnische und religiöse Minderheiten im Land grundlegender Rechte beraubt.
- bestimmte innerislamische und christliche Gruppierungen werden unterdrückt, obwohl die Verfassung grundsätzlich Muslimen, Christen, Juden und Zarathustriern Rechte gewährt. Die über 300.000 Bahá'í im Land sind völlig recht- und schutzlos und stehen außerhalb der Verfassung des Landes. Es gibt sie sozusagen nicht. Tausende von ihnen leiden unter Berufs- oder Hochschulverbot, seit 2004 ertrugen Hunderte von ihnen Gefängnisstrafen, religiös motivierte Morde an Bahá'í werden staatlicherseits ignoriert, ihre Friedhöfe werden zerstört und Abertausende bangen vor den Auswirkungen staatlich inszenierter Hassreden.

Wir appellieren an Sie, den politischen Einfluss der Bundesrepublik Deutschland geltend zu machen und darauf zu drängen, dass der Iran grundlegende Menschenrechte achtet, ganz gleich, in welche Himmelsrichtung ein Mensch betet oder wovon er überzeugt ist. Eine Normalisierung der Beziehungen unseres Landes zum Iran halten wir für undenkbar ohne den Nachweis, dass diese grundlegenden Menschenrechte dort endlich umgesetzt werden.

Hochachtungsvoll

Dr. Lale Akgün, Köln

Ferah Aksoy-Burkert, Dipl.-Psychologin

Prof. Dr. Katajun Amirpur, Publizistin, stellv. Direktorin der Akademie der Weltreligionen (AWR) der Universität Hamburg

Dr. Seyed Mostafa Azmayesh, Religionswissenschaftler, Sprecher der Internationalen Organisation zum Schutz der Menschenrechte im Iran

Dr. Mehran Barati, iranischer Exilpolitiker

Dr. hc. Henry G. Brandt, Landesrabbiner em.

Dr. Franz Brendle, Geschäftsführer des Runden Tisches der Religionen in Deutschland

Prof. Dr. Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Publizist

Michael Burkert, Stadtverbandspräsident Saarbrücken a.D.

Dr. Martin Hein, Bischof

Prof. Johannes Lähnemann, Stellv. Geschäftsführer des Runden Tisches der Religionen in Deutschland

Markus Löning, ehem. Menschenrechtsbeauftragter der Bundesregierung und FDP Bundesvorstand

Dr. Susanne Matsudo-Kiliani, Deutsche Buddhistische Union

Dr. Jürgen Micksch, Interkultureller Rat in Deutschland

Bahman Nirumand, Autor

Ruprecht Polenz, ehem. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses

Ali Samadi-Ahadi, Regisseur

Prof. Dr. theol. Dr. phil. Thomas Schirrmacher, Direktor, Internationales Institut für Religionsfreiheit

Michael Schmidt, Deutsche Buddhistische Union

Dr. Kamal Sido, Nahostreferent, Gesellschaft für bedrohte Völker

Maede Soltani, Menschenrechtsaktivistin

Karsten Voigt, Mitglied des Deutschen Bundestags 1976-1998